Anfrage der CDU-Fraktion:

In der letzten Sitzung wurde darum gebeten, der Bezirksvertretung Brackwede eine Stellungnahme des Rechtsamtes zum Fall Karen Meyer vorzulegen, um darzustellen, ob ein Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt Bielefeld und ein kommunales Mandat gleichzeitig ausgeübt werden können. Bisher liegt hierzu eine Zusammenfassung seitens des Büros des Rates vor.

Wann werden der Bezirksvertretung Brackwede die Original-Stellungnahme des Rechtsamtes und der Bezirksregierung hierzu vorgelegt?

Zusatzfrage:

Wie kann es sein, dass die Fraktionen des Rates am 05.04.2022 informiert wurden, die Bezirksvertretung Brackwede jedoch erst am 06.04.2022 informiert wurde, aber am Verfahren gänzlich Unbeteiligte bereits am 02.04.2022 offensichtlich das Ergebnis dieser Stellungnahme des Büro des Rates kannten?

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Gutachten des Rechtsamtes zur Feststellung, ob eine Unvereinbarkeit von Amt und Mandat von Frau Karen Meyer vorliegt, wurde durch Beteiligung der Bezirksregierung Detmold als Kommunalaufsichtsbehörde erstellt und inhaltlich per E-Mail im Auftrage des Oberbürgermeisters durch die Leiterin des Büro des Oberbürgermeisters, Frau Ley, versandt. Diese E-Mail wurde auf Bitte des Bezirksbürgermeisters von Kuczkowski am 06.04.2022 durch das Bezirksamt Brackwede (Herrn Hellermann) an alle Mitglieder der Bezirksvertretung Brackwede gesandt.

Zur Zusatzfrage:

Am 29.03.2022 wurde die Bezirksregierung Detmold vom städtischen Rechtsamt über die Angelegenheit informiert. In diesem Schreiben wurde die Rechtsauffassung des städtischen Rechtsamtes dargelegt.

Am 04.04.2022 hat die Bezirksregierung per E-Mail um 14:39 Uhr die städtische Rechtsauffassung bestätigt.

Am 05.04.2022

- hat Frau Ley über Herrn Hellermann den Bezirksbürgermeister per E-Mail um 16:24
 Uhr angeschrieben und die Rechtslage (aus der Stellungnahme des Rechtsamtes)
 wiedergegeben;
- dieses Schreiben hat sie um 16:28 Uhr Frau Karen Meyer übersandt;
- um 16:30 Uhr wurde Herr Kricke als Leiter des Büro des Rates von Frau Ley gebeten, das Schreiben an den Bezirksbürgermeister und an die Mitglieder des Ältestenrats weiterzuleiten (was auch erfolgt ist):
- um 16:52 Uhr wurde das Presseamt über das Schreiben an den Bezirksbürgermeister informiert und es wurde verabredet, dass die örtliche Presse am 06.04.2022 informiert wird (so dann auch geschehen).

Wer am 02.04.2022 spekuliert hat, ist hier nicht bekannt.